Neu-eingabe

Druck

Antragsteller/-in (Vorname, Name)		Name des Unternehmens
Straße, Hausnummer, Ortsteil		
PLZ, Ort	E-Mail	
Telefon	Mobil-Tel.	Fax

An das
Amt für Ländliche Entwicklung
Oberpfalz
Falkenberger Straße 4
95643 Tirschenreuth

Antrag auf Förderung eines Kleinstunternehmens der Grundversorgung

nach den Dorferneuerungsrichtlinien des Bayerischen Staatsministeriums für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Tourismus

Ich beantrage für die nachfolgend dargestellte Investition eine Zuwendung im Rahmen der Förderung von Kleinstunternehmen der Grundversorgung.

☐ Dem Antrag habe ich die im beiliegenden Anlagenverzeichnis angegebenen Unterlagen/Nachweise beigefügt.

Hinweis: Der Antrag ist nur vollständig, wenn die im beiliegenden Anlagenverzeichnis angegebenen Unterlagen/Nachweise beigefügt sind

A Angaben zum Unternehmen und zur geplanten Investition

1. Rechtsform des Unternehmens

☐ Einzelunternehmen

☐ Personengesellschaft (z. B. GbR, KG, OHG, PartG, GmbH & Co. KG)

Rechtsform: _____

☐ Kapitalgesellschaft (z. B. GmbH, Unternehmergesellschaft, eingetragene Genossenschaft)

Rechtsform: _____

☐ Sonstige: _____

2. Weitere Angaben zum Unternehmen (vgl. Merkblatt Nrn. 1 und 15.3)

☐ Keiner der folgenden Sachverhalte trifft auf mich oder mein Unternehmen zu:

- Die Geschäftstätigkeit meines Unternehmens besteht zu mehr als 25 % der Umsatzerlöse darin, durch Bodenbewirtschaftung oder durch mit Bodenbewirtschaftung verbundene Tierhaltung pflanzliche oder tierische Erzeugnisse zu gewinnen.
- Mein Unternehmen bewirtschaftet einen landwirtschaftlichen Betrieb und verfolgt unmittelbar kirchliche, gemeinnützige oder mildtätige Zwecke.
- Ich bin Inhaber eines landwirtschaftlichen Einzelunternehmens, Ehegatte des Inhabers oder mitarbeitender Familienangehöriger und Gegenstand des Förderantrags ist die Gründung einer selbständigen Existenz bzw. deren Weiterentwicklung in räumlicher Nähe zum landwirtschaftlichen Betrieb.

– Ich bin Arzt, Zahnarzt, Psychotherapeut oder Apotheker.
– Mein Unternehmen befindet sich in wirtschaftlichen Schwierigkeiten.
– Gegen mich oder einen nach Satzung oder Gesetz Vertretungsberechtigten wurde in den letzten 5 Jahren eine Geldbuße von wenigstens 2.500 EUR nach § 404 Abs. 2 Nr. 3 des Dritten Buches Sozialgesetzbuch rechtskräftig verhängt.
– Ich oder ein nach Satzung oder Gesetz Vertretungsberechtigter wurde nach den §§ 10, 10a oder 11 des Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetzes zu einer Freiheitsstrafe von mehr als drei Monaten oder einer Geldstrafe von mehr als 90 Tagessätzen rechtskräftig verurteilt.

3. Vorhaben und Investitionsstandort

Kurze Erläuterung des geplanten Vorhabens:

Standort der Investition:

_____

Straße, Hausnr., Ortsteil

_____

PLZ, Ort

_____

Geplante Fertigstellung des Vorhabens „Monat, Jahr“

Bei der beantragten Investition handelt es sich um die Verlagerung eines Betriebs.

☐ ja ☐ nein

Falls ja: In einer gesonderten Anlage ist nachvollziehbar zu belegen,
dass sich die Grundversorgung am bisherigen Betriebsstandort nicht verschlechtert.

Änderungen zu den Angaben unter Nr. 4 bis 6, die nach der Antragstellung bis zur Bewilligung der Investition eintreten, müssen der Bewilligungsbehörde unverzüglich mitgeteilt werden.

4. Zugehörigkeit zur Unternehmensklasse „Kleinstunternehmen“ (vgl. Merkblatt Nr. 3.2)

Mein Unternehmen beschäftigt weniger als 10 Mitarbeiter.

☐ ja ☐ nein

Der erzielte Jahresumsatz meines Unternehmens liegt unter 2 Mio. EUR.

☐ ja ☐ nein

Öffentliche Stellen oder Körperschaften des öffentlichen Rechts kontrollieren weniger als 25 % des Kapitals oder der Stimmrechte meines Unternehmens.

☐ ja ☐ nein

5. Güter und Dienstleistungen der Grundversorgung (vgl. Merkblatt Nr. 3.3)

Die Güter bzw. Dienstleistungen meines Unternehmens werden überwiegend regional, das heißt innerhalb eines Radius von 50 km von der Gemeinde, in der die Betriebsstätte liegt, angeboten oder erbracht.

☐ ja ☐ nein. Falls die Güter bzw. Dienstleistungen dennoch einen Beitrag zur Grundversorgung leisten, so ist dies in einer gesonderten Anlage nachvollziehbar zu belegen.

6. Wirtschaftlichkeit und Finanzierbarkeit (vgl. Merkblatt Nrn. 3.5 und 3.6)

☐ Die Wirtschaftlichkeit meines Unternehmens und die Wirtschaftlichkeit der beantragten Investition sind in den beigefügten Anlagen dargestellt. Das beantragte Vorhaben ist wirtschaftlich, zweckmäßig und finanzierbar.

☐ **Ich verpflichte mich,** eine eventuelle Differenz zwischen der beantragten Zuwendung und der gewährten Zuwendung durch zusätzliche Eigenbeteiligung zu decken.

7. Vorzeitiger Maßnahmenbeginn (vgl. Merkblatt Nr. 10)

☐ **Mir ist bekannt,** dass ein Beginn des Vorhabens – dazu zählt bereits die Abgabe einer verbindlichen Willenserklärung zum Abschluss eines der Ausführung zugrunde liegenden Lieferungs- und Leistungsvertrages (z. B. Auftragserteilung, Kaufvertrag, Werkvertrag) sowie auch die Vergabe einer/mehrerer Leistungsphase(n) ab dem Bereich 8 der HOAI (Objekt- bzw. Bauüberwachung, Kostenfeststellung sowie Objektbetreuung und Dokumentation) – ohne vorherige Bewilligung grundsätzlich einen Förderausschluss des gesamten Vorhabens zur Folge hat.

☐ **Ich versichere,** dass mit dem Vorhaben noch nicht begonnen wurde.

8. Kapitalbedarf

Voraussichtliche Gesamtausgaben

Grunderwerb: _____
Ausgaben (brutto) in Euro

Bauliche Investition: _____
Ausgaben (brutto) in Euro

Produktionsanlagen, Maschinen: _____
Ausgaben (brutto) in Euro

Betriebs-/Geschäftsausstattung: _____
Ausgaben (brutto) in Euro

Fahrzeuge: _____
Ausgaben (brutto) in Euro

Sonstiges: _____
Ausgaben (brutto) in Euro

Gesamtausgaben (= Kapitalbedarf): 0,00
Ausgaben (brutto) in Euro

9. Finanzierungsplan

Eigenkapital

Eigene Mittel: _____
Betrag in Euro

Beantragter Zuschuss[1]: _____
Betrag in Euro

Sonstiges: _____
Betrag in Euro

Fremdkapital

Darlehen Hausbank: _____
Betrag in Euro

Darlehen Förderbank: _____
Betrag in Euro

Sonstiges: _____
Betrag in Euro

Gesamtsumme[2]: 0,00
Betrag in Euro

10. Ausschluss einer Mehrfachförderung (vgl. Merkblatt Nr. 9)

☐ Ausgaben, die aus Mitteln anderer öffentlicher Förderprogramme gefördert werden, können nicht gleichzeitig Zuschüsse aus diesem Förderprogramm erhalten. Ich versichere, dass für die im Kapitalbedarf genannten Ausgaben keine Fördermittel aus anderen öffentlichen Förderprogrammen beantragt wurden.

[1] Der beantragte Zuschuss (max. 200.000 €) ist in der Anlage „Ermittlung des beantragten Zuschusses“ nachzuweisen und hier einzutragen.
[2] Die Gesamtsumme muss dem o.g. Kapitalbedarf entsprechen.

B Erklärungen des Antragstellers

Mir ist bekannt, dass

- ein Rechtsanspruch auf die Gewährung einer Zuwendung nicht besteht.
- mit einer Kürzung bis hin zum vollständigen Verlust bzw. hin zur vollständigen Rückforderung der Zuwendung zu rechnen ist, wenn
  - die Zuwendung durch unrichtige oder unvollständige Angaben erwirkt wird,
  - nicht förderfähige Ausgaben geltend gemacht werden,
  - Mittel zweckwidrig verwendet werden,
  - gegen Auflagen und Verpflichtungen im Zusammenhang mit dem Erhalt der Förderung verstoßen wird,
  - vor Bewilligung mit einer Maßnahme begonnen wird
  - oder ein vergleichbar schwerwiegender anderer Grund vorliegt.
- alle Angaben im Antrag und in den mit dem Antrag eingereichten Unterlagen/Nachweisen subventionserheblich im Sinne des § 264 StGB i. V. m. § 2 des Subventionsgesetzes und Art. 1 des Bayer. Strafrechtsausführungsgesetzes sind und wegen Subventionsbetrug bestraft wird,
  - wer über subventionserhebliche Tatsachen unrichtige oder unvollständige Angaben macht
  - oder den Subventionsgeber über subventionserhebliche Tatsachen in Unkenntnis lässt.
- die Bewilligungsbehörde, das Bayerische Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Tourismus einschließlich seiner nachgeordneten Behörden und der Bayerische Oberste Rechnungshof sowie Prüforgane des Bundes das Recht haben, die Voraussetzungen für die Gewährung der Förderung durch Besichtigung an Ort und Stelle und durch Einsichtnahme in Bücher und sonstige Belege oder Förderanträge entweder selbst zu prüfen oder durch Beauftragte prüfen zu lassen.

Ich stimme zu, dass das Amt für Ländliche Entwicklung zur Bearbeitung und Kontrolle des Antrags
Auskünfte einholen kann

- bei der Hausbank wegen evtl. bestehender Verbindlichkeiten, Guthaben, Wertpapiere, Bargeldnachweise oder Kreditbereitschaftserklärungen,
- bei der Finanzverwaltung über die Einkünfte des Unternehmens,
- bei meinem Steuerberater wegen der Buchführung,
- bei der Kreisverwaltungsbehörde im Zusammenhang mit der baurechtlichen Genehmigung.

Ich verpflichte mich,

- Unterlagen, die für die Bemessung der Förderung von Bedeutung sind, mindestens bis zum Ablauf der Zweckbindung aufzubewahren. Längere Aufbewahrungsfristen nach anderen Vorschriften bleiben unberührt.
- jede Änderung, die Auswirkungen auf die Förderberechtigung bzw. die Förderhöhe hat, unverzüglich der Bewilligungsbehörde schriftlich mitzuteilen.
- bei nicht baugenehmigungspflichtigen Anlagen, die Bestandteil des geförderten Vorhabens sind, die fachrechtlichen Vorgaben einzuhalten.

Hinweise zum Datenschutz

Verantwortlich für die Verarbeitung der vorstehend erhobenen personenbezogenen Daten ist das für Sie zuständige Amt für Ländliche Entwicklung. Die Daten werden zur Feststellung der Förderberechtigung und Förderhöhe benötigt. Sie werden ferner an das Bayerische Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Tourismus für statistische Zwecke sowie zur Erstellung des Agrarberichts und sonstiger vorgeschriebener Berichte übermittelt. Darüber hinaus kann die Maßnahme ggf. in der Informationsarbeit der Ländlichen Entwicklung in Bayern dargestellt werden. Weitere Informationen über die Verarbeitung Ihrer Daten und Ihre diesbezüglichen Rechte finden Sie im Internet über die Seite www.stmelf.bayern.de/landentwicklung/aemter nach Aufruf des für Sie zuständigen Amtes für Ländliche Entwicklung unter „Datenschutz“. Alternativ erhalten Sie diese Informationen auch unmittelbar beim jeweiligen Amt für Ländliche Entwicklung.

Von den Verpflichtungen und Hinweisen im Merkblatt zur Förderung von Kleinstunternehmen der Grundversorgung sowie den „Rechtsvorschriften zum Subventionsgesetz“ habe ich Kenntnis genommen.

Ich versichere, dass meine Angaben in diesem Antrag und in den eingereichten Unterlagen richtig und vollständig sind.

Kommunikation per E-Mail

Falls die Kommunikation zum Förderantrags per E-Mail erfolgen soll, ist die nachfolgende Erklärung erforderlich.

☐ Ich bin damit einverstanden, dass die Kommunikation zum Förderantrag per E-Mail erfolgen kann. Dies schließt insbesondere die elektronische Zusendung von Verwaltungsakten (z.B. Zuwendungsbescheid) an mich mit ein. Hierfür willige ich in den unverschlüsselten E-Mail-Versand ein. Meine E-Mail-Adresse, an die die Unterlagen gesendet werden sollen, ist auf der ersten Seite dieses Antrags angegeben.

Ort, Datum, Firmenstempel	*Unterschrift Antragsteller/-in*	*Name in Druckbuchstaben*